



Tel. 0821.517 751  
Fax 0821.450 632 5  
[augsburg@paxchristi.de](mailto:augsburg@paxchristi.de)  
[www.augsburg.paxchristi.de](http://www.augsburg.paxchristi.de)

Augsburg, den 2.3.21

## **Stabilität und Vertrauen schaffen weltweit / Rüstungsexportkontrollgesetz in das Bundestagswahlprogramm**

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete / sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

mit diesem Schreiben an Sie als Bundestagsabgeordnete/r in unserer Diözese Augsburg möchten wir auf die ausdrückliche Verankerung von einem Rüstungsexportkontrollgesetz im Bundestagswahlprogramm Ihrer Partei hinwirken. Wir versprechen uns von einem solchen Gesetz, dass Rüstungsexporte, v.a. an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, massiv zurückgehen. Denn das Gesetz bindet Deutschland klar und deutlich an seine menschen- und völkerrechtliche Verpflichtung!

Wir versprechen uns außerdem von einem solchen Gesetz, dass es ein friedliches Bewusstsein fördert und die Dringlichkeit für die Arbeit an einvernehmlichen Lösungen verdeutlicht. Letztlich möchten wir, dass Staaten in Konfliktregionen schnell und nachhaltig stabiler werden, indem sich ein Klima des Vertrauens auf gerechtere Strukturen sowie auf mehr Achtung vor der Würde jedes Menschen entwickelt. Wenn kein anderer Staat oder keine Institution effektiv dafür sorgen kann, möge Deutschland eine diplomatische Führung beginnen und fachliche Unterstützung leisten zur Beilegung bestehender Konflikte zwischen allen Beteiligten.

Für den Fall, dass Sie sich fragen sollten, was uns darauf hoffen lässt: Die Badische Landeskirche hat ein Szenario „Sicherheit neu denken“<sup>1</sup> entwickelt, in welchem konkrete Schritte in der Sicherheits- und Außenpolitik bis zum Jahr 2040 dargestellt sind. Ein für uns unverzichtbarer Schritt besteht in einem rechtlich verbindlichen Rüstungsexportkontrollgesetz. Das Bündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ hat dafür 15 Punkte angeführt<sup>2</sup>. Die für uns wichtigsten sind:

---

<sup>1</sup> Das Szenario verabschiedet das Paradigma ‚Nationale Sicherheit‘ und stellt ihm das Paradigma ‚Gemeinsame Sicherheit‘ gegenüber. Die eigene Sicherheit erhält dadurch das gleiche Gewicht wie die Sicherheiten von Nachbarn. Außerdem enthält das Szenario konkrete Maßnahmen zur Entwicklung eines nachhaltigen Friedens auf internationaler Ebene:

<https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/>

<sup>2</sup> <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/wir-ueber-uns/forderungen-ziele/>

1. Das Rüstungsexportkontrollgesetz ist das einzige Ausführungsgesetz des Art. 26, Abs. 2 Grundgesetz.
2. Die Unterscheidung von Kriegswaffen und sogenannten sonstigen Rüstungsgütern wird aufgehoben.
3. Rüstungsexporte werden grundsätzlich verboten. Ausnahmen müssen anhand der zu prüfenden Kriterien ausführlich begründet werden.
4. Der Export von „Kleinwaffen und Leichten Waffen“ (gemäß umfassender UN-, und nicht der derzeit angewendeten EU-Definition), dazugehörigen Teilen sowie Munition werden verboten.
5. Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete und an menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten werden nicht genehmigt.
6. Lizenzvergaben zum Nachbau von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie damit meist im Zusammenhang stehende Exporte von Herstellungsausrüstung, Technologie und Software werden verboten.
7. Es wird ein Verbandsklagerecht geschaffen, dass es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen.
8. Staatliche Exportkreditgarantien für Rüstungsgeschäfte (Hermesbürgschaften) werden nicht mehr vergeben.
9. Es wird ein Rüstungskonversionsfonds eingerichtet, um die Umstellung von militärischer zu ziviler und nachhaltiger Produktion zu fördern.

Sie als Abgeordnete/r des Deutschen Bundestags werden bald über die Inhalte des Bundestagswahlprogramms Ihrer Partei mitbestimmen. Wir würden gerne von Ihnen erfahren, ob Sie bereit sind, Ihren Einfluss für diese neun Punkte geltend zu machen. Falls Sie auch nur zu einem davon andere Vorstellungen haben, würden wir auch hierzu gerne davon wissen. Uns liegt an einem konstruktiven Austausch mit Ihnen. Darum interessiert uns Ihre Antwort.

Damit unser Austausch möglichst effektiv wird in Bezug auf den Schutz von Menschen, weisen wir vorab auf entsprechende Forderungen bezüglich einer wirklich restriktiven Rüstungsexportpolitik hin:

- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11.02.2021 zur humanitären und politischen Lage im Jemen<sup>3</sup> (2021/2539(RSP)). Es fordert einen Waffenexportstopp an alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition, siehe besonders die Absätze 12 und 13.
- Der Rüstungsexportbericht 2020 der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ verlangt ein rechtlich verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz, da die „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ nicht ausreichen<sup>4</sup>.

Auf Ihre Antwort freuen wir uns und verbleiben im Namen des gesamten Vorstands von pax christi Augsburg mit freundlichen Grüßen



Barbara Emrich  
Vorsitzende



Prof. Dr. Jost Eschenburg  
Vorsitzender

<sup>3</sup> [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0053\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0053_DE.html) sowie <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/informationen/#c12284>

<sup>4</sup> <https://www.gkke.org/category/ruestungsexportpolitik/> Ein Beispiel: Das Bundeswirtschaftsministerium genehmigte trotz eines Exportstopps mehrmals Rüstungsexporte an Kriegsparteien, wie ein FAZ-Artikel vom 30.10.2020 berichtet: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ruestungsgueter-ueber-umwege-nach-saudi-arabien-geliefert-17027387.html>